

GRÜNDUNGSERKLÄRUNG

2019

DER ANTIFASCHISTISCHEN PERSPEKTIVE
LUDWIGSBURG/REMS-MURR



INHALT

1. Einleitung	1
2. Was ist Faschismus?	2
3. Deutschlandweiter Rechtsruck	4
4. Was ist die antifaschistische Aktion?	6
5. Antifa im ländlichem Raum	8
6. Zum Rems-Murr Kreis	9
7. Zum Kreis Ludwigsburg	11
8. Antifaschismus und revolutionäre Politik	12

Hiermit geben wir die Gründung der Antifaschistischen Perspektive Ludwigsburg/Rems-Murr bekannt.

Ausschlaggebend für unsere Entscheidung zu diesem Schritt ist vor allem der Mangel an entsprechenden Strukturen in unserer Umgebung. Neben diversen Aktionen, die sich vor allem an der jeweiligen absehbaren Wirkung sowie der Vermittelbarkeit nach außen orientieren, und einer Bündnispolitik auf dem Land streben wir auch die Vernetzung mit städtischen antifaschistischen Gruppen und die Einbindung in den bundesweiten Kampf gegen Faschismus an.

Die Schwerpunkte unserer politischen Arbeit liegen also im organisierten antifaschistischen Kampf und der Mobilisierung neuer Kräfte. Weil wir die verschiedenen Ausprägungen des Faschismus als terroristischen Teil bürgerlicher Herrschaft begreifen, kann diese Form politischer Zusammenarbeit langfristig nur ein Teilbereich revolutionärer Tätigkeit bleiben. Unser Antifaschismus ist antikapitalistisch und will Reaktionäre von der Straße verdrängen, deren Ideologie dekonstruieren und sie aus den Bereichen, in denen demagogisch um eine faschistische Massenbasis gerungen werden soll, heraushalten, damit die Arbeiterinnen und Arbeiter sich ohne Rückschläge organisieren und sich gefährdete Minderheiten frei entfalten können. Die genaue Kenntnis unserer Umgebung, die nicht nur auf eine Analyse der ökonomischen Gegebenheiten vor Ort beschränkt ist, gilt uns als dringendes Erfordernis für eine von Erfolg gekrönte Praxis.

Dass ein organisierter Antifaschismus unsere Perspektive ist, möchten wir mit dem Schwur von Buchenwald bekräftigen:

*„Wir stellen den Kampf erst ein, wenn auch der letzte Schuldige vor den Richtern der Völker steht! Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel. Das sind wir unseren gemordeten Kameraden, ihren Angehörigen schuldig. Zum Zeichen Eurer Bereitschaft für diesen Kampf erhebt die Hand zum Schwur und sprecht mir nach:
WIR SCHWOEREN!“*

Unsere Beweggründe für die politische Arbeit sowie einige theoretische Positionen führen wir im Folgenden ausführlicher auf. Orientiert haben wir uns dabei an bestimmten Kernthemen und -fragen (siehe Inhaltsverzeichnis).

WAS IST FASCHISMUS?

Faschismus nennen wir diejenige Herrschaftsform, in der sich die Machthaber aus den revolutions- und fortschrittsfeindlichsten, chauvinistischsten und am meisten imperialistischen Elementen des rechten politischen Spektrums beziehungsweise der im Dienste des Finanzkapitals stehenden Politakteure zusammensetzen. Zu den ideologischen Kennzeichen des Faschismus gehören sozialdarwinistische Ideen, der Antikommunismus und nicht selten ein ausgeprägter Irrationalismus (bis hin zu Okkultismus). Historisch hing ein Auftreten faschistischer Systeme stets mit Verschärfungen der periodischen Krisen des Kapitalismus zusammen, was die genannte Herrschaftsform vor allem als Mittel des Großkapitals zum eigenen Schutz beziehungsweise zum Schutz bestehender Eigentumsverhältnisse und demnach als im Wortsinne Reaktionäres erscheinen lässt. Auf fremdem Grund ganz gezielt eingesetzt werden faschistische Machthaber wie das Pinochet-Regime durch diejenigen Großmächte, die ihre imperialistischen Interessen nicht mit den Mitteln der parlamentarischen „Demokratie“ durchsetzen können. Im Deutschen Faschismus wurden die imperialistischen Kriege eines etwaig bürgerlichen Klassenstaats im Stile einer „faschistisch-imperialistischen Expansion“, die die in außenpolitischen Beziehungen (europäisch-kapitalistischer Imperialismen) gegebenen Antagonismen noch forciert hat, aggressiv erweitert und so ein Weltkrieg ausgelöst.

Diese durch Rassenkulte wie Blut und Boden ideologisch befeuerte und legitimierte kriegerische Expansion der Faschisten untergräbt demzufolge auch die Selbstbestimmung der Völker. Es ist nicht zuletzt dieser imperialistische, völkerfeindliche Charakter, der den mehrfach durch Totalitarismustheorien suggestiv in die Nähe der sozialistischen Idee gerückten Faschismus grundlegend vom Sozialismus unterscheidet. Dementsprechend muss das Losungswort des internationale Solidarität fordernden Proletariats immer lauten: „Krieg oder Revolution! Imperialismus oder Sozialismus!“

Nun sind periodische Krisen notwendig Bestandteil des Kapitalismus. Frank Borman, US-amerikanischer Astronaut und selbst Unternehmer, kommentiert diesen Sachverhalt lakonisch mit den Worten: „*Capitalism without bankruptcy is like Christianity without hell.*“ [Kapitalismus ohne Bankrotte ist wie das Christentum ohne Hölle]. Trotzdem herrscht in der ArbeiterInnenklasse heutzutage eine auffällige Utopielosigkeit, eine „unsichtbare Barriere“ des Denkens und Handelns gegen die kapitalistische Ordnung, welche den Menschen nicht nur als Notwendigkeit, sondern als zugleich menschlichstes System verkauft wird, hält sie von revolutionären Anstrengungen ab. Paradoxerweise hat gerade die Weltwirtschaftskrise von 2008 den beschriebenen „kapitalistischen Realismus“ nicht gehemmt, sondern allem Anschein nach weiter verfestigt.

Aus materiellen Gründen erreicht der Faschismus in der Agitation hauptsächlich das Kleinbürgertum. Eine Massenbasis gewinnt er erst durch die Vernichtung seiner politischen und rassenideologisch bestimmten Feinde und die Spaltung des gesamten Volkes durch eine Demagogie, die sich immer wieder pseudolinke Rhetoriken zu eigen macht. In Wahrheit richtet sich faschistischer Terrorismus

allerdings immer auch gegen die arbeitende Klasse (siehe bspw. Brechts „Furcht und Elend des dritten Reichs“), der die Faschisten zwar zum politisch diffusen Ausdruck berechtigter Wut verhelfen können, aber niemals zu ihrem Recht, d. h. den erklärten Kampfzielen. Weil die Faschisten also in der Tat losgelöst sind vom gegen seine Unterdrückung ankämpfenden Volk, werden die organisierten Massen, deren Sieg als historisches Gesetz betrachtet werden muss, solange das „Getöse der Reaktionäre“ sie nicht einschüchtert, die Faschisten vernichtend schlagen und in „butterweiche Papiertiger“ verwandeln.

Während vor allem die systematische Judenvernichtung, aber auch gezielte antiziganistische und behindertenfeindliche Gewalttaten die Verbrechen des deutschen Faschismus ausmachten, greifen neofaschistische Organisationen nicht nur „Fremde“, die kämpfende ArbeiterInnenklasse oder KriegsgegnerInnen an, sondern terrorisieren auch Frauen und LGBTI-Personen. Sexismus und Elite-Denken sind dementsprechend häufig im ideologischen Selbstverständnis von Neofaschisten festgeschrieben. Freilich legen auch sie sich auf einen kapitalistisch gewendeten Nationalismus fest, der ursprünglich nur dem Zweck einer Verschleierung des Klassengegensatzes dient. Alte Eliten und neofaschistische Krawallmacher werden sich, das lehrt die Geschichte, spätestens dann verbünden, wenn sich eine sozialistische Revolution anbahnt.

Einer ökonomischen Analyse des Deutschen Faschismus scheint häufiger der folgende neoliberale Fehler zu unterlaufen: Man arbeitet sich etwa an Dokumenten ab, in denen vermeintliche Gemeinnutzprinzipien und Kollektivierungsabsichten der NSDAP zur Geltung kommen (siehe 25-Punkte-Programm derselben aus ihren Gründungstagen), während übergangen wird, dass dieselbe Partei stets nur gemäß eines exklusiven, d. h. „völkischen“ Volksbegriffs vorzugeben versuchte, dem Volk zu dienen. Just dieses „Volkstum“ kann nicht zuletzt als Quell eines gewissen hitlerischen Charismas gelten, obwohl Hitler anderweitig als ganz und gar uncharismatischer Anführer zu betrachten ist. Wer das Verhältnis Hitlers und der Partei unter seinem Kommando zum deutschen Monopolkapitalismus historisch realitätsbezogen prüft und die Ökonomie des deutschen Faschismus letztlich an ebendiesen Beziehungen misst, muss zu einem gänzlich anderen Urteil kommen als die Neoliberalen. Großindustrielle waren bald Kumpanen der Nazis und die vordergründig antikapitalistischen Versatzstücke aus Parteipamphleten bald in antisemitische Hetzereien verkehrt. Auf diese Weise unterläuft faschistische Propaganda unweigerlich den puren, d. h. rein materialistischen gesellschaftlichen Gegensatz, der alleinig die Grundlage eines konsequenten Antikapitalismus bildet. Der faschistische Staat verknüpft vielmehr „arisierte“ Eigentumsverhältnisse und Zwangskartellierung zum „totalitären Monopolkapitalismus“, statt der Ablösung vom privatisierten Wirtschaften den Weg zu bereiten. Materiell gesehen heißt Faschismus also auf die Spitze getriebene kapitalistische Ausbeutung.

„Keinerlei allgemeine Charakteristik des Faschismus, mag sie an sich noch so richtig sein, enthebt uns der Pflicht, die Eigenart der Entwicklung des Faschismus und der verschiedenen Formen der faschistischen Diktatur in einzelnen Ländern und in verschiedenen Etappen konkret zu studieren und zu berücksichtigen.“
- Georgi Dimitroff

DEUTSCHLANDWEITER RECHTSRUCK

Den politischen Hintergrund, vor dem wir unsere Gründung erklären, möchten wir sowohl bundesweit als auch lokal betrachten.

Bundesweit sieht sich die antifaschistische Bewegung mit einer starken, vielschichtigen rechten Front konfrontiert. Die 2013 gegründete „Alternative für Deutschland“ avancierte innerhalb weniger Jahre zu einem Bindeglied zwischen neofaschistischen bis rechtsliberalen Strömungen und Organisationen. Sie ist Teil der Neuen Rechten, zu der auch PEGIDA, die „Identitäre Bewegung“ und rechte Bürgerinitiativen zählen können. Die AfD selbst fungiert dabei als parlamentarischer Arm dieser sich aus stark heterogenen Kreisen rekrutierenden Rechten: Bisweilen sind dort ehemalige Akteure aus faschistischen Kameradschaften oder Parteien, aus der Hooliganszene oder aus der Kleinkriminalität zugange, aber auch Personen, die hauptsächlich daran interessiert sind, persönlichen Profit aus ihrem Aktivismus zu schlagen.

Im klar faschistisch geprägten Parteilager konnte man von dieser Entwicklung nicht profitieren. Die NPD, seit 1968 die Partei für Neofaschisten, hatte vielmehr mit den eigenen Mitgliedern zu kämpfen: persönlich motivierte Schlammschlachten, Vorwürfe der Unterschlagung von Parteivermögen, ein erneutes Verbotsverfahren und nicht zuletzt der Verlust der Sitze im sächsischen und mecklenburgisch-vorpommerschen Landtag trugen zum Abstieg der Partei bei. Außerdem hat die NPD mit zwei faschistischen Konkurrenzparteien, namentlich „Die Rechte“ und „Der III. Weg“, zu kämpfen. Beide Parteien haben sich seit ihrer Gründung der Aufgabe gewidmet, die Lücke im Bereich Straßenaktionismus zu schließen, die die NPD aufgrund der Verbotsverfahren hinterlassen hat. Die Vorgängerorganisationen der Partei „Die Rechte“ und des III. Wegs waren dem kameradschaftlichen Spektrum zuzuordnen. Die Tendenz zum Organisationsansatz Partei hat ihren Grund im Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum NPD-Verbotsverfahren, in dessen Rahmen ausgeführt wurde, ein Verbot setze eine konkrete Machtbasis voraus, über die die Partei aktuell nicht verfüge. Diese Analyse erscheint in ihrer Pauschalität, obwohl es lokale Ausnahmen geben mag, als korrekt. Trotzdem stellt sie als gerichtliche Begründung einen Freifahrtschein für faschistische Kleinstparteien aller Couleur dar.

Jenseits dieses Organisationsansatzes von Parteien und Kameradschaften hat sich eine weitere rechte Kraft gebildet und gewissermaßen etabliert: Die selbsternannte „Identitäre Bewegung“. Diese Gruppierung wurde in Deutschland maßgeblich vom neurechten Think-Tank „Institut für Staatspolitik“ beeinflusst und bei ihrem Organisationsprozess unterstützt. Durch kurze, reißerische Aktionen wie die „Besetzung“ des Brandenburger Tors stellen sich die Identitären online zur Schau und versuchen, die Aufmerksamkeit der bürgerlichen Medien zu erregen. Ein entscheidender Teil dieser Aktivisten rekrutiert sich aus anderen faschistischen Strukturen wie den „Jungen Nationalisten“. In solchen Kreisen profitiert die IB von den Zerfallserscheinungen des faschistischen Parteilagers. Andere nicht zu vernachlässigende Hintergründe der IB-Kader stellen bürgerlich-nationalistische Burschenschaften wie die „Germania“ dar. Am entscheidendsten erscheinen in dieser Hinsicht aber die fließenden Übergänge zwischen der AfD-Jugendorganisation „Junge Alternative“ und der IB. Letztere erscheint auf diese Weise als eine Art Scharnier zwischen rechten Initiativen (v. a. „Ein Prozent“) und der AfD selbst, in deren Reihen Identitäre nicht selten als bezahlte Mitarbeiter agieren. Dadurch kompensieren sie Mängel, die sich aus ihrem stark auf mediale Selbstinszenierung ausgelegten Pseudoaktivismus ergeben. Zwar lassen sich dadurch kontinuierlich weitere Ortsgruppen gründen, doch die Unfähigkeit, eine ernstzunehmende Praxis in der Öffentlichkeit auszubilden und zu etablieren, bleibt.

Wohin die Vernetzung und Zusammenarbeit faschistischer und neurechter Organisationen führt, konnte man 2018 zunächst in Kandel, dann vor allem in Chemnitz beobachten. Durch Facebook und andere Internetkanäle aufgehetzte faschistische Mobs veranstalteten dort Hetzjagden auf Migranten, Journalisten und Linke. Bis zu 6.000 Rechte beteiligten sich an den rassistischen Aufmärschen. Die AfD nutzte ihre Verankerung in den Parlamenten dazu aus, die Pogromstimmung in Chemnitz zu relativieren und antifaschistische Kritik aus bürgerlichen oder linken Spektren zu diskreditieren. Doch nicht nur im übertragenen Sinn stellten AfDlerInnen sich vor gewaltbereite Rechte mit teils aufgereckten rechten Armen:

Mit großen bildpolitischen Ambitionen positionierte sich Höcke nebst weiterer Parteiprominenz an der Spitze einer der rechten Demonstrationen. Dass Abgeordnete der AfD bereit sind, die Koordination verschiedenster rechter Kräfte auf der Straße zu übernehmen, konnte in Kandel ebenso beobachtet werden. Also gilt für antifaschistische Akteure, wachsam zu bleiben. Es reicht aber nicht aus, bei von Rechten medial instrumentalisierten Gewalttaten schnell und entschlossen zu agieren und zu agitieren. Man muss sich schlicht und ergreifend die neue Qualität der Aufmärsche von Rechts bewusst machen, bei denen sich unterschiedliche Kräfte kurzfristig auf der Straße zusammenfinden und die Faschisten unter ihnen in die Offensive gehen.

Eine uns Arbeit bereitende und ernstzunehmende Bedrohung für AntifaschistInnen ist die mögliche Bildung von rechtsterroristischen Strukturen wie Combat 18. Seit der Selbstenttarnung des NSU im Herbst 2011 wurde die Verstrickung staatlicher Organe in dieses Milieu sukzessive belegt. Doch erst

im Februar 2018 gab der Faschist und V-Mann Tino Brandt an, Gelder des Verfassungsschutzes seien mit seiner Hilfe wissentlich direkt Richtung NSU geflossen. Weitere Vorfälle wie die Vernichtung der Akten zur V-Mann-Gewinnung innerhalb der Thüringer Naziszene zwischen 1996 und 2003 oder die Beschränkung staatlicher Organe zur Strafverfolgung auf einen angeblich nur drei Täter starken NSU beweisen, dass Teile des bürgerlichen Staats mit den Faschisten paktieren. Analysiert man entsprechende Ereignisse aus der Vergangenheit, zeichnet sich bald ab, dass bürgerliche Regimes in Zweifelsfällen stets auf Seiten der Faschisten standen. Was die Geschichte der BRD angeht, lassen sich solche Sachverhalte von der Machtübertragung 1933 und der Übernahme faschistischer Eliten nach 1945 über den Aufbau von Geheimdiensten und -armeen (siehe Gladio-Operationen) bis hin zur Laissez-faire-Politik gegenüber den Wehrsportgruppen und dem NSU nachvollziehen. Deswegen müssen AntifaschistInnen beginnen, den Umgang mit vergleichbaren rechten Konzepten und Aktivitäten breiter zu diskutieren. Die Aufarbeitung des NSU-Terrors deckte auch dessen Verbindungen in den Rems-Murr-Kreis und den Kreis Ludwigsburg auf.

WAS IST DIE ANTIFASCHISTISCHE AKTION?

Als Gruppe möchten wir einen Beitrag am Aufbau einer starken antifaschistischen Massenbewegung leisten. Diese Bewegung hat unserer Meinung nach fünf grundlegende Aufgaben:

I. Faschistische Demagogie entlarven

Faschisten setzen zu Propagandazwecken vor allem Lügen und Hetze ein. Soziale Demagogie, die den bürgerlichen Klassenstandpunkt der Rechten verschleiern, spielt dabei eine maßgebliche Rolle. Auch wenn es sich größtenteils um inhaltslose Parolen handelt, lässt sich nicht leugnen, dass sie eine starke Wirkung auf die Massen entfalten. Es gilt deshalb, ihre Lügen aufzudecken und über die realen Umstände aufzuklären. Zu diesem Zweck müssen neue und effektive Wege der Agitation entwickelt werden, sodass wir unsere Inhalte möglichst breiten Teilen der Massen vermitteln können. Rechte Kräfte verfügen über zig Publikationsorgane mit hohen Auflagen, professionalisierte Online-Auftritte und haben Zugang zu Talkshows der großen Fernsehsender. Die Ungleichheit im informationellen Kampf mag unüberwindbar wirken, doch können wir dank innovativer Methoden und lokalen Aktionen zumindest in Teilen der Bevölkerung antifaschistisches Bewusstsein schaffen.

II. Faschisten vereinzeln und aus den Organisationen unserer Klasse hinausdrängen

Mit dem Rechtsruck der vergangenen Jahre ist eine Normalisierung rechter Positionen eingetreten. Rassistische Hetze kann in der Folge vielerorts unwidersprochen geäußert werden. Und selbst dort, wo vielleicht Widerspruch geäußert wird, kann es zwar zur Diskussion eines Problems

kommen, aber letztendlich wird jede Meinung akzeptiert, egal, wie menschenfeindlich und scharfmacherisch sie ist. Diesen Missstand wollen wir bekämpfen, gerade dort, wo sich unsere Klasse organisiert oder sich solidarische Zusammenhänge bilden. Es darf Rechten, vor allem den organisierten, nicht ohne Weiteres möglich sein, Betriebsrat zu werden, Verantwortung in Vereinen zu übernehmen oder auch nur Teil einer sich als subkulturell verstehenden Szene zu sein. Hierfür müssen AntifaschistInnen allerdings ihr eigenes Szenewesen überwinden und bewusster Teil der Gesellschaft werden. Unsere Kontakte in jeden Bereich müssen ausgebaut werden, damit sich überall antifaschistisches Bewusstsein entwickeln lässt.

III. Den Faschisten Niederlagen auf der Straße zufügen

Aufmärsche, Hetzkundgebungen und großangelegte Massendemonstrationen sind fester Bestandteil faschistischer Politik. Sie dienen zur Demonstration der eigenen Stärke, sind Propagandainstrument und nicht zuletzt eine reale Bedrohung für alle, die nicht ins chauvinistische Weltbild der Rechten passen. Obwohl das Attribut „friedlich“ in der Außendarstellung der Rechten besonders herausgestellt wird, zeigen zahlreiche Angriffe aus rechten Aufmärschen heraus oder in der Nähe derselben, dass diese Darstellung eine Lüge ist. Unsere Aufgabe ist es also, rechter Straßenpräsenz mit starken und organisierten Gegenaktionen zu begegnen. Allerdings muss in solchen Zusammenhängen immer zwischen einer möglichst breiten Beteiligung durch antifaschistische Kräfte und der Effektivität der Aktion abgewogen werden. Unsere Aktionsformen orientieren sich derweil nicht zwingend am bürgerlichen Recht, sondern an ihrer Vermittelbarkeit und ihrer absehbaren Wirkung. Die Erfahrung zeigt, dass antifaschistische Straßenerfolge zur Auflösung rechter Strukturen führen können und ihrer heroischen Selbstdarstellung empfindliche Schläge versetzen. Ein Abschirmen rechter Veranstaltungen dient außerdem dem Schutz unserer Klasse und der Isolation ihrer propagandistischen Anstrengungen.

IV. Bekämpfung rechter Strukturen

Wo immer sich Faschisten organisieren, müssen wir sie dabei stören und ihre Strukturen schlussendlich zerschlagen. Wichtig ist, dass wir selbst den Zeitpunkt der Auseinandersetzung bestimmen und nicht erst aktiv werden, wenn Rechte versuchen, sich die Straße zu nehmen. Je beschwerlicher und unangenehmer das Leben als rechter Aktivist oder als rechte Aktivistin ist, desto weniger Zulauf werden die Rechten erhalten. Dementsprechend wägen wir immer ab, wie dem Feind am wirkungsvollsten geschadet werden kann. Nur Schritt für Schritt, von Aktion zu Aktion, können unsere Gegner geschlagen werden. Je nachdem, mit wem man es gerade zu tun hat, führen andere Konzepte zum Erfolg. Neben politischen Organisationen und Gruppen gehört auch rechte Infrastruktur wie Medien- und Versandhäuser oder anderweitige Immobilien von Rechten zu unseren Zielen.

V. Verteidigung der eigenen Strukturen

Als zentrale antifaschistische Aufgabe sehen wir den Schutz linker Strukturen an. Unter anderem an dieser Aufgabe sind revolutionäre Organisationen in Deutschland historisch gescheitert. In unserer Verantwortung liegt das Erkämpfen von Handlungsspielräumen und das Schaffen der Grundlagen einer effektiven revolutionären Arbeit. Rechte Bewegungen hatten immer schon die Funktion, die Organisationen der arbeitenden Klasse anzugreifen und zu vernichten. Deshalb betrachten wir jede rechte Kundgebung, jeden rechten Aufkleber und jedes Anzeichen faschistischer Organisation als Kampfansage, die entsprechend beantwortet wird.

Diesen Aufgaben können wir nur dann gerecht werden, wenn wir auf eine stetige Professionalisierung und die zunehmende Verbindlichkeit in unseren Strukturen hinarbeiten. Wir wollen eine bundesweite Zusammenarbeit erreichen, die über die bloße Vernetzung hinausreicht. Die Antifaschistische Aktion muss in der Lage sein, möglichst viele Menschen in ihre Praxis miteinzubeziehen, Bündnisse mit allen Gruppen einzugehen, die kein objektives Interesse am Faschismus haben, und darf ihre politische Linie auf diesem Wege nicht aufweichen. Durch kontinuierliche und organisierte Arbeit wollen wir Erfahrungen und Informationen sammeln, diese systematisieren und mit ihrer Hilfe erfolgreiche antifaschistische Strategien entwickeln.

ANTIFA IM LÄNDLICHEM RAUM

Antifaschistische Arbeit auf dem Land stellt eine andere Herausforderung dar als die in der Stadt. Man verfügt in der Regel nicht nur über eine kleinere AktivistInnenbasis, sondern bearbeitet gleichzeitig einen größeren Aktionsradius. Hinzu kommt eine oftmals weniger aktive „Zivilgesellschaft“ sowie Bündnispartner, die die benannten Probleme teilen. Wahlergebnisse zeigen, dass zumindest konservative Ansichten auf dem Land weiter verbreitet sind als in Metropolregionen. Wohl all diese Faktoren führen noch zu einem weiteren Problem: Dem Wegzug vieler aktiver AntifaschistInnen vom Land in größere Städte. Dem möchten wir durch die Entwicklung langfristig angelegter Strukturen entgegenwirken. Es gilt auch, mit vielen Klischees und Vorurteilen aufzuräumen, die gerade in linken Kreisen relativ weit verbreitet scheinen. Ländliche Regionen sind oft nicht von „bäuerlichen“ Kleinstdörfern geprägt, sondern von mittelgroßen und Kleinstädten. Die Bevölkerung hier ist ähnlich divers wie in der Großstadt und auch hier gibt es Gegenkultur und gelebte Solidarität. Etwa in der Geflüchtetenhilfe, in der Jugendarbeit oder im Vereinswesen zeigt sich, wie die Menschen dörflicher Gegenden solidarische Strukturen entwickeln. Wir leben gerne auf dem Land und sehen uns deshalb als AntifaschistInnen in der Verantwortung, uns dort zu organisieren, wo wir leben.

Bundesweit dient das vielbeschworene „Hinterland“ Faschisten als Rückzugsraum, was nicht zuletzt auf eine fehlgeleitete Politik größerer Teile der antifaschistischen Bewegung zurückzuführen ist. In Großstädten werden nazifreie Kieze proklamiert und mit Erfolg verteidigt, doch sind die Nazis ein paar Kilometer ins Umland hineingefahren, haben sie freie Hand. Dieser Missstand lässt sich nur durch den Aufbau widerstandsfähiger Antifa-Strukturen auf dem Land und eine solidarische Zusammenarbeit mit städtischen Gruppen beheben.

Zu guter Letzt verweisen wir auf die historischen Erfahrungen aus Deutschland: Die Hitler-Faschisten gewannen den Kampf um die politische Macht eben nicht durch Straßenschlachten in den Arbeiter-Innenvierteln der Großstädte, sondern durch kontinuierliche Verankerung auf dem Land. Natürlich sind die gesellschaftlichen Bedingungen und insbesondere die Rolle der Bauernschaft im Heute fundamental anders. Trotzdem ist die faschistische Gefahr auch in der Gegenwart dort besonders akut vorhanden, wo es an antifaschistisch organisierten Kräften mangelt und sowohl politische als auch soziokulturelle Gegenangebote fehlen.

Z U M R E M S - M U R R - K R E I S

Um die lokale Bedeutung der bundespolitischen Entwicklung zu erfassen, möchten wir auf den Rems-Murr-Kreis und den Kreis Ludwigsburg gesondert eingehen.

Im Rems-Murr-Kreis wohnen ca. 420.000 Menschen, von denen etwa 174.000 auf die vier größten Städte Backnang (36.000), Fellbach (45.000), Schorndorf (39.000) und Waiblingen (54.000) entfallen. Damit leben mindestens 40% der EinwohnerInnen in kleinstädtisch-urbanen Gebieten. Mit über 80% Acker- und Waldfläche steht das Gelände des Rems-Murr-Kreises, dem gerade der hohe Anteil von Forstfläche (40%) einen ländlichen Charakter verleiht, in direktem Kontrast zum Gelände der Landeshauptstadt Stuttgart.

Die politische Landschaft des Rems-Murr-Kreis stellt sich folgendermaßen dar: Bei Bundes- und Landtagswahlen gilt der Rems-Murr-Kreis als sichere Fahrkarte für CDU-Kandidaten. Auch die punktuelle Mehrheit von Grünen-Kandidaten kommt der konservativen Ausrichtung des Landesverbandes wegen nicht überraschend. Um aufzuzeigen, wo die Notwendigkeit antifaschistischer Politik in diesem Kreis am größten ist, analysieren wir unter anderem die Wahlergebnisse der letzten Bundestagswahl und setzen sie mit Vorfällen rechter Straßenaktivitäten in Beziehung:

Die AfD konnte hierzulande 12,9% der Erst- und 13,5% der Zweitstimmen erzielen. Das im bundesweiten Vergleich (11,3% bzw. 12,2%) ein überdurchschnittliches Ergebnis. Da der Rems-Murr-Kreis in die Wahlkreise Waiblingen und Backnang-Schwäbisch Gmünd geteilt ist, wurden die jeweiligen absoluten Stimmen addiert, um ein kreisweites Ergebnis zu erhalten.

Folgende Muster ließen sich dabei feststellen:

I. Im Wahlkreis Waiblingen sind 7 von 10 Stimmbereichen, in denen die AfD überdurchschnittlich starke Ergebnisse erzielt hat, Gemeinden, die abseits der S-Bahn-Strecke liegen, ob östlich von Schorndorf oder nördlich des Remstals in Richtung Kreisgrenze zum Ostalbkreis. Tatsächlich stößt man hier auf Gemeinden mit 2.000 bis 8.500 Wahlberechtigten, von denen sich 1.500 bis 6.000 Personen an der Wahl beteiligten.

II. Im RMK-Bereich des Wahlkreises Backnang-Schwäbisch Gmünd konnte die AfD bis auf eine Ausnahme in allen Gemeinden prozentual mehr Stimmen erzielen als im Kreisdurchschnitt. In diesem Bereich lagen sogar ihre besten Ergebnisse, allen voran die 23% aus der Gemeinde Spiegelberg (1.200 Wähler, Wahlbeteiligung 78,6%). Klammert man den Bereich Backnang Stadt aus, dann liegt die Anzahl der Wahlberechtigten pro Gemeinde stets unter 7.500.

Zusammengefasst erzielt die AfD gute und überdurchschnittliche Ergebnisse in Gemeinden, die über eine schlechte infrastrukturelle Anbindung verfügen, in denen die EinwohnerInnen also meistens „unter sich bleiben“. In solchen Dörfern ist der Migranten- und Geflüchtetenanteil gering, weshalb die persönliche Auseinandersetzung mit diesen sozialen Gruppen häufig ausbleibt. Dies öffnet dem Einfluss rechter Hetzer Tür und Tor. Ein nicht zu vernachlässigender Faktor lokaler Rechtsentwicklung ist die kleinbürgerliche Dominanz in sozialen und politischen Strukturen wie den Vereinen, dem Gemeinderat und der Kirchengemeinde (dezidiert linke Organisationen wie Gewerkschaften, Parteien o. Ä. haben dagegen kaum eine Verankerung vor Ort). Dort sitzen hauptsächlich Kleinbürger wie Lehrer, Anwälte, Unternehmer oder Ärzte, welche seit Jahrzehnten für einen konservativen bis rechtsoffenen Nährboden sorgen und gleichzeitig das aktuelle Stammklientel der AfD verkörpern. Dass die genannte Schicht anfällig für reaktionäre Propaganda ist, liegt vor allem an den sich zuspitzenden kapitalistischen Verhältnissen, deren Beantwortung aktuell nicht von einer revolutionären linken Organisation geleistet werden kann.

Seit Dezember 2016 hat es im Rems-Murr-Kreis nach einer relativen Ruhephase wieder vermehrt faschistische Aktivitäten in der Öffentlichkeit gegeben. Diese Ruhephase setzte nicht vor dem durch Winterbacher Brandanschlag aus dem Jahr 2011 ein, bei dem Faschisten versuchten, migrantische Jugendliche zu töten. Zuvor war der Kreis jahrelang ein beliebter Agitationsraum und Rückzugsort für die rechte Szene gewesen. Auch wenn deren Akteure wie die „AG Rems-Murr“ enorm peinliche Internetvideos fabrizierten und nach dem Winterbacher Mordversuch inaktiv wurden, gab es Nazitreffpunkte und Wahlkampfzentren der NPD zum Beispiel in Weiler. Dank der Hilfe der Initiative „Weiler schaut hin“ und der Mitwirkung antifaschistischer Gruppen wurde diese Räumlichkeit geschlossen. Jetzt aber kriecht das braune Gesindel wieder aus seinen Löchern: Seine Handlungen beschränkten sich nicht nur auf Sachbeschädigungen, diverse Aufkleber und qualitativ minderwertige Schmierereien, denn sie wagen es auch, Angriffe auf ihnen unliebsame Einzelpersonen zu verüben. In erster Linie betroffen sind der Raum Backnang und der Raum nördlich von Schorndorf, zu dem

auch die AfD-Hochburg Rudersberg gehört. Es existieren zudem noch weitere faschistische Zusammenschlüsse, die zumeist verdeckt arbeiten. Zu nennen sind an dieser Stelle etwa die NPD oder die Terrorgruppe Combat 18. Im hiesigen, von rechten Scharfmachern bestimmten politischen Klima finden die Faschisten Bestätigung für Umsetzungen ihrer spalterischen und menschenverachtenden Agenda.

ZUM KREIS LUDWIGSBURG

Was den Landkreis Ludwigsburg angeht, ballt sich ein Großteil der weit über 500.000 Einwohner in Ludwigsburg Stadt (ca. 93.000) zusammen. Auch die großen Kreisstädte Kornwestheim und Bietigheim-Bissingen sind vergleichsweise dicht besiedelt. Zwar werden rund 55% der Gesamtfläche durch die Landwirtschaft in Anspruch genommen, tatsächlich im land- und forstwirtschaftlichen Bereich beschäftigt ist aber nur ein Prozent aller Arbeitenden des Kreises. Stattdessen wächst hierzulande seit Jahren der sogenannte Dienstleistungssektor (39% der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten sind dort tätig), was durch mehrere größere Berufliche Schulen noch gefördert werden dürfte. Maßgeblich ist aus ökonomischer Sicht aber vor allem die Industrie: Neben dem Fahrzeugbau machen Metall- und Kunststoffverarbeitung den Kreis Ludwigsburg, dem 2016 ebenso wie dem Landkreis Esslingen „sehr hohe Zukunftschancen“ eingeräumt wurden, wohl zu einem der wirtschaftsstärksten Standorte in Deutschland.

Im Spiegel der Ergebnisse der letzten Bundestagswahl stellt sich die politische Situation im Kreis folgendermaßen dar: Trotz hoher Verluste im Vergleich zur Wahl 2013 dominiert die CDU das Feld. Während die FDP prozentual zuletzt weit über dem bundesweiten Durchschnitt lag, hat die AfD keinen überdurchschnittlichen Stimmengewinn verbucht. Zwar haben beispielsweise in Gemmrigheim und Hessigheim (beide Wahlkreis Neckar-Zaber) sowie in Eberdingen (Wahlkreis Ludwigsburg) relativ viele Leute blau gewählt, der mittlere Wert aller AfD-Stimmen liegt schlussendlich jedoch deutlich unter dem der im Rems-Murr-Kreis ausgezählten. Und auch auf den Straßen des Ludwigsburger Kreisgebietes hat es in den letzten Jahren kaum nennenswerte „klassische“ Naziaktivitäten gegeben. Ausnahmen stellen vor allem der radikale AfD-Unterstützer vom Krauthof oder vereinzelte Reichsbürgergruppen dar. Hinzu kommen türkische Faschisten, die wiederholt enorm gewaltbereit aufgetreten sind.

ANTIFASCHISMUS UND REVOLUTIONÄRE POLITIK

Wir betrachten den antifaschistischen Kampf als Teilbereich des revolutionären Kampfes und als Abwehrkampf. Das heißt, dass es uns um die effektive und organisierte Abwehr reaktionärer Angriffe geht. In unseren Abwehrkampf möchten wir möglichst viele miteinbeziehen, auch die, die (noch) kein revolutionäres Bewusstsein entwickelt haben. Eine Politik, die sich auf den Antifaschismus begrenzt, wäre freilich perspektivlos und falsch. Allerdings betrachten wir den antifaschistischen Teilbereich als Basis weiterer Teilbereiche. Weil es die Kernaufgabe der organisierten AntifaschistInnen ist, linke Freiräume und progressive Politik gegen reaktionäre und faschistische Angriffe zu verteidigen, können sich andere linke Kräfte auf ihre Projekte konzentrieren und müssen nicht ständig in einer Abwehrhaltung ausharren.

Momentan beobachten wir, dass sich einige antifaschistische Gruppen aus der Region von der sogenannten „Feuerwehr-Politik“, dem bloßen „Hinterherrennen“ von Faschisten also, verabschieden. Im Angesicht des Rechtsrucks und dem Erstarken reaktionärer Strukturen halten wir diese Entscheidung für einen schwerwiegenden Fehler. In den kommenden Jahren rechnen wir mit einer rechten Bewegung, die über professionelle Strukturen verfügt, präsent ist in den Medien und in den Parlamenten verankert, die darüber hinaus in der Lage ist, Massendemonstrationen durchzuführen und Akteure von konservativ-bürgerlich bis militant-faschistisch in ihren Reihen zu vereinigen. Deshalb ist es jetzt an der Zeit, sich als AntifaschistIn zu organisieren und einen Teil zur Entwicklung der schlagkräftigen, antifaschistischen Bewegung beizutragen.

Wir verstehen natürlich, dass Antifa-Arbeit frustrieren kann. Fast alle AntifaschistInnen haben Vorstellungen, die über „Gegen Rechts“ hinausgehen. Das Bedürfnis, mit den eigenen Perspektiven an die Menschen heranzutreten, ist normal und spricht für euch. Trotzdem muss man sich die Frage stellen, ob mehr oder minder gesamtgesellschaftliche Praxis und revolutionäre Agitation allein eine revolutionäre Organisation ausmachen können.

Durch die Entwicklung konkreter Gegenmacht, die Mobilisierung und Organisation möglichst vieler Kräfte auf antifaschistischer Grundlage und die Schaffung beständiger und verlässlicher Strukturen ist es auch im Teilbereich Antifaschismus möglich, unsere Bewegung nachhaltig voranzubringen, Teil des revolutionären Aufbauprozesses zu werden und denselben effektiv gegen kommende Angriffe zu verteidigen.

DIE ANTIFASCHISTISCHE
AKTION AUFBAUEN!

*Website: antifaschistische-perspektive.org
E-Mail: Kontakt@antifaschistische-perspektive.org*



ANTIFASCHISTISCHE
PERSPEKTIVE
LUDWIGSBURG
REMS-MURR